

Parlamentswahlen 2008

Pakistans Demokratie im Vormarsch?

In der Geschichte Pakistans gab es wenige Ereignisse, die, wie die Wahlen vom 18. Februar 2008, den politischen Eliten des Landes eine reale Chance zum politischen Neubeginn boten. Im Rückblick auf das Geschehen vor den Wahlen und – als dessen logische Konsequenz – die Wahlergebnisse, die unter der Bevölkerung und in den Medien eine regelrechte Euphorie über die „Morgenröte eines demokratischen Neubeginns“ ausgelöst hatten, stellt sich die Frage, ob damit tatsächlich schon ausreichende Voraussetzungen für eine politische Wende geschaffen wurden.

Zunächst erzeugte die dramatische Wahlniederlage der bisherigen Regierungsparteien PML-Q, MQM und MMA eine Erwartungshaltung, die angesichts der Persönlichkeitsprofile der neuen Machthaber und der vielschichtigen Krisensituation Pakistans kaum zu befriedigen sein wird. Hierauf gründen die Wahlverlierer, einschließlich Präsident und Ex-General Pervez Musharraf, ihre Hoffnung auf ein Versagen ihrer siegreichen Kontrahenten.

Der Militärdiktator wurde besiegt, so jubelten Politiker, Kolumnisten und die Mehrheit der Pakistaner. In Kommentaren und Diskussionsrunden wurde das vergangene achtjährige Regime Musharrafs verdammt und ein sofortiger Rücktritt des Präsidenten gefordert. Dies musste verwundern, fand Musharrafs politische Führerschaft doch bis Anfang 2007 bei der Mehrheit im Volke Zustimmung. Zudem war der Präsident Pakistans für die internationale Gemeinschaft das Hauptbollwerk im Kampf gegen einen Terrorismus, der in jüngerer Zeit auch Pakistan in Mitleidenschaft gezogen hatte. Doch spätestens seit März 2007 gab es in Gestalt des

von Musharraf aus dem Amt gejagten Obersten Richters Pakistans, Iftikhar Muhammad Chaudhry, der unter Führung seines Anwalts und prominenten PPP-Abgeordneten Aitzaz Ahsan für seine Wiedereinsetzung kämpfenden Juristen des Landes und der im Februar 2008 an die Macht zurückgekehrten Spitzenpolitiker der PPP und PML-N neue Helden. Vergessen war, dass sich in beiden politischen Lagern viele der neuen Hoffnungsträger in der Vergangenheit mehr durch Amtsmissbrauch und schamlose Korruption denn durch staatsmännische Qualitäten hervorragen hatten.

Zeitweilig verdrängt, aber nicht vergessen ist der von den Amerikanern vermittelte Deal zwischen Benazir Bhutto und Pervez Musharraf, der am 6. Oktober 2007 in der präsidentialen „National Reconciliation Ordinance 2007“ (NRO) seinen Ausdruck fand. Hauptinhalt der NRO ist die Einstellung aller Gerichtsverfahren, die im Zeitraum zwischen 1985 und dem 12. Oktober 1999 (Tag der Machtübernahme Musharrafs) aus politischen Gründen eingeleitet worden waren. Nutznießer der Verfügung waren vor allem unter dem Verdacht massiver Korruption stehende Politiker wie Benazir Bhutto, ihr Ehemann Asif Ali Zardari, die Brüder Nawaz und Shahbaz Sharif sowie weitere Parteiführer der PPP, PML-N und MQM. Als Gegenleistung für diesen pauschalen Freispruch sollten die genannten Parteien sich nicht gegen eine Wiederwahl von General Musharraf zum Präsidenten stellen.

Allerdings steht immer noch die Legitimierung der NRO durch das Oberste Gericht aus. Zunächst aber ermöglichte die NRO den vor der Strafverfolgung ins Ausland ge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. KARL FISCHER

DR. HEIN KIESSLING

Juni 2008

www.kas.de/pakistan

www.kas.de

flohenen Politikern die ungehinderte Rückkehr nach Pakistan. Ihr Wiedereinstieg in die Tagespolitik Pakistan weckte im Volk allgemeine Hoffnung auf bessere Zeiten. Und das war verständlich, ergoss sich doch einerseits 2007 über die Bevölkerung eine Flut undemokratischer Ereignisse im politischen Leben des Landes, begleitet von einschneidenden wirtschaftlichen Problemen. Mit ihrer Wahlentscheidung brachte die Wählerschaft mehrheitlich ihre Forderung nach Abkehr von einem zivil verbrämten Militärregime und seinen korrupten Politikern sowie dem Machthunger der Elite religiöser Parteien zum Ausdruck. Andererseits eröffnete sich die Möglichkeit, mit einer Politik des nationalen Konsenses die Kraft bisher verfeindeter Parteien in Koalitionen auf nationaler und provinzieller Ebene zu bündeln und die unter Musharraf kriminalisierte und entmündigte Zivilgesellschaft wiederzubeleben und in den demokratischen Prozess einzubinden. Das erfordert eine gemeinsame, klare Formulierung der nationalen Interessen und darauf gegründet eine Politik, die nachhaltig wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung sowie die Festigung der politischen Einheit und Souveränität des Landes gewährleistet.

In dieser komplizierten Situation erwartet Pakistan politisch-moralische sowie wirtschaftliche Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, allerdings ohne Einmischung in seine inneren Angelegenheiten.

1. Der Maßstab des Jahres 2007

Als Armeechef und Präsident Musharraf am 9. März 2007 in einem verfassungswidrigen Akt den Obersten Richter des Landes (Chief Justice) Iftikhar Muhammad Chaudhry seines Amtes enthob, löste er eine Lawine zivilgesellschaftlich-demokratischer Gegenaktionen aus, die ihn ein gutes Jahr später an das Ende seines politischen Weges und seiner Macht brachten. Der bis heute anhaltenden Justizkrise folgte im Juli 2007 im Zentrum der Hauptstadt Islamabad die nach wie vor umstrittene *Operation Silence* zur militärischen Niederschlagung der in der Roten Moschee (Lal Masjid) verschanzten extremistischen Madrassa-Studenten, die über 100 Tote zurück ließ. Diese Aktion nahmen

die Jihadi-Organisationen, insbesondere die pakistanischen Taliban, zum Anlass, eine Serie von Selbstmordattentaten und Anschlägen mit Autobomben zu entfesseln, die bis heute andauert und mehrere hundert Todesopfer unter den Sicherheitskräften und der Zivilbevölkerung gefordert hat.

Wenig später, im August, verfügte das Oberste Gericht die Wiedereinsetzung von Chief Justice Iftikhar und bereitete gleich anschließend unter seiner Leitung ein Urteil vor, das Musharraf eine erneute Kandidatur für das Amt des Präsidenten als verfassungswidrig erklären sollte. Den einzigen Ausweg aus dieser seine in acht Jahren angehäuften Machtfülle bedrohenden Situation sah Musharraf in der Verhängung des Ausnahmezustands am 3. November 2007. Exakt 42 Tage später musste er aufgeben und sah sich gezwungen, seine Uniform abzulegen und die in Personalunion mit dem Präsidialamt ausgeübte Funktion des Armeechefs (Chief of Army Staff) an seinen Nachfolger General Kiyani zu übergeben.

Die gegen Musharraf gerichtete Stimmung im Lande verschärfte sich weiter, als am 27. Dezember die nach mehrjährigem Exil nach Pakistan zurückgekehrte Vorsitzende der Pakistan People's Party (PPP) und ehemalige Ministerpräsidentin Benazir Bhutto nach einer Wahlkundgebung in Rawalpindi ermordet wurde.¹

Mehr als sieben Jahre nachdem sich General Pervez Musharraf im Oktober 1999 in Pakistan an die Macht geputscht hatte, forderte seine Politik mit Blick auf bevorstehende Parlamentswahlen Ende 2007, die nach der Ermordung Benazir Buttos auf den 18. Februar 2008 verschoben wurden, innenpolitische Auseinandersetzungen heraus, die bis in die Parteien der Regierungskoalition hinein wirkten. Hatte er sich anfänglich relativ glaubhaft als volksnahe Alternative zu den vorherigen korrupten Zivilregierungen darstellen können, so entblößte er bald nach den Parlamentswahlen vom Oktober 2002 durch zahlreiche Präsidentenerlasse

¹ Siehe Zaib Nisa u. Babak Khalatbari, 2008 Parliamentary Election – Pakistan at the crossroads, www.kas.de/Pakistan

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. KARL FISCHER

DR. HEIN KIESSLING

Juni 2008

www.kas.de/pakistan

www.kas.de

und Verfassungsmanipulationen seine unstillbare Machtgier.

Die Ereignisse des Jahres 2007, wie Naturkatastrophen (Überschwemmungen in der Provinz Sindh), eklatante Mängel in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Brennstoffen und die im Volke unpopulären Maßnahmen wie der Einsatz von etwa 70.000 Soldaten im „Kampf gegen Terror“ in den Stammesgebieten, die Aktion gegen die Extremisten in der Roten Moschee, die Absetzung „unliebsamer“ Richter als auch die Knebelung der Medien führten Schritt für Schritt zur Abrechnung mit der Politik des Präsidenten anhand der sieben Versprechungen, die er zu Beginn seines Machtantritts gegeben hatte.²

Nachfolgend werden diese negativen Entwicklungen erläutert, um aufzuzeigen, mit welchen immensen Problemen die neue Regierung sich konfrontiert sieht. Die Schwächung demokratischer Institutionen, die permanente Androhung einer reinen Militärherrschaft und schließlich die Aussetzung der Verfassung am 3. November 2007 und Installierung sowie Praxis einer Notstandsverordnung haben das nationale Selbstbewusstsein Pakistans schwer beschädigt, so dass viele Menschen im Vorfeld der Wahlen enttäuscht feststellten, die einzige Gewissheit im Lande bestehe derzeit in der Ungewissheit. Sie warfen dem Musharraf-Regime vor, im Kampf gegen den Terror am Parlament vorbei ein Großteil nationaler Souveränität aufgegeben und unter dem Vorwand, im nationalen Interesse zu handeln, eben dieses vernachlässigt zu haben.

Die Differenzen zwischen den vier Provinzen Pakistans konnten nicht auf demokratischem Wege beigelegt werden. Das militärische Vorgehen gegen den Stammesführer und ehemaligen Gouverneur von Baluchistan, Nawab Bugti, und schließlich seine Liquidierung gefährdeten das föderale Staatssystem Pakistans ebenso wie der Einsatz der Armee im Süden der Nordwestgrenzprovinz ohne Abstimmung mit der Pro-

vinzregierung. Gleichzeitig verschärfte Musharraf mit seinen Mega-Staudamm-Projekten den jahrelangen Streit zwischen Punjab und Sindh um ihren Anteil an den Wasserressourcen. Das beste Beispiel dafür ist der seit 20 Jahren konzipierte Kalabagh Staudamm, der immer wieder in dieser oder jener Richtung von interessierten Kräften politisch instrumentalisiert wird. Die neue Regierung hat sich deshalb entschlossen, dieses wasser- und energiewirtschaftlich vernünftige und dringend notwendige Projekt vorerst auf Eis zu legen.

Für zusätzlichen Zündstoff zwischen den Provinzen sorgte die verzögerte und weiterhin ausstehende Festlegung einer für alle akzeptable Formel für die Aufteilung nationaler Finanzierungsmittel.

Musharrafs Zusage, ein Gesetz einzubringen, das den Provinzen größere Autonomie einräumt geriet ebenfalls in offizielle Vergessenheit. Einzelne Kommentatoren vergleichen zumindest die Stimmung in Baluchistan mit der im bengalischen Ostpakistan (dem heutigen Bangladesh) unmittelbar vor seiner Loslösung von Pakistan. So bleibt es der neuen Regierung überlassen, sezessionistischen oder zumindest extrem zentrifugalen Kräften entgegenzuwirken und den Föderalstaat auf demokratischer Grundlage zu festigen.

Das Versprechen, die Wirtschaftsentwicklung zu beschleunigen und das Vertrauen von Investoren zu gewinnen, schien zunächst realisierbar. Seit dem Jahr 2002 wurden Export-Rekorde erzielt, einige Bereiche verzeichneten einen erheblichen Zufluss ausländischer Direktinvestitionen (FDI) und die Devisenreserven wuchsen. Das ermöglichte jährliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von über 6%. Doch hier bestätigte sich die Erfahrung, dass Wachstumsraten per se nicht automatisch die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung verbessern. Gerade im Vorfeld der Wahlen litten die Menschen unter den Folgen einer anhaltend hohen Inflation. Energie- und Lebensmittelpreise zogen kräftig an, und es gab nachweisbar künstlich erzeugte Engpässe bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln. Gleichzeitig schanzten sich

² Siehe Adnan Rehmat, The News on Sunday, Islamabad, 26.08.2007, S.32.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. KARL FISCHER

DR. HEIN KIESSLING

Juni 2008

www.kas.de/pakistan

www.kas.de

Mitglieder der Übergangsregierung und Inhaber höchster parlamentarischer Ämter unglaubliche Privilegien auf Lebenszeit zu. Im Lichte wachsender Armut, unaufgeklärter Börsen-Skandale und korrupter Privatisierungs-Praktiken sowie ansteigender innerer und äußerer Verschuldung Pakistans verblasste der Glanz des propagierten Wirtschaftswunders.

Recht und Ordnung sowie prompte Rechtsprechung gerieten zunehmend ins Visier öffentlicher Kritik. Angefangen bei den Mordanschlägen gegen Musharraf selbst, einer Reihe von Selbstmordattentaten, denen in fünf Jahren mehr als 500 Personen zum Opfer fielen, einem Blutbad in Karachi unter den Augen und sogar durch Mitwirkung der Gesetzeshüter bis hin zum umstrittenen Einsatz der Armee in den Stammesgebieten und angrenzenden Bezirken sowie gegen die Studenten der Roten Moschee in der Hauptstadt Islamabad und schließlich der Ermordung von Benazir Bhutto präsentierte der Präsidenten-General seinem Volk nicht gerade eine positive Bilanz. Offen ist auch die Frage, was mit den vielen, zum Teil seit mehreren Jahren „verschwundenen“ Personen passiert ist und wer für diese Rechtsbrüche verantwortlich zeichnet. Als das Oberste Gericht suo moto einige dieser Fälle aufgriff - schon dies war Kritik an einem Regime zunehmender Rechtlosigkeit - schritt der Präsident gegen die Richter ein, knebelte die Justiz und setzte schließlich die Verfassung außer Kraft.

Der Anspruch des Präsidenten, nationale, staatliche Institutionen zu „depolitisieren“, geriet zur Farce. Als Armeechef leitete er Kabinetts-Sitzungen und Tagungen des Führungsgremiums „seiner“ Regierungspartei PML (Q), deren Mitglied er nicht einmal war. Als Präsident leitete er Konferenzen der Korps-Kommandeure. Unter eklatanter Verletzung jeglicher Beförderungsrichtlinien im Öffentlichen Dienst verschaffte Musharraf über 1.000 Offizieren hohe und höchste Staatsämter bis hin zu Botschafter- und Ministerposten. Selbst der Premierminister ist von neun Offizieren umgeben, die die wichtigsten Funktionen in seinem Stab ausüben. Dies bewegte einen Kommentator zu dem Spruch: „Staaten verfügen über Armeen,

aber in Pakistan verfügt die Armee über den Staat“.

Der von Anbeginn der Machtergreifung Musharrafs strapazierte Begriff der Dezentralisierung der Macht, entpuppte sich bald als ein Versuch zur Schaffung neuer Loyalitäten und als Instrument zur Manipulierung von Wahlergebnissen. In der politischen Praxis hieß die Devise alle Macht dem Präsidenten.

Umfassende Rechenschaftspflicht war Musharrafs siebentes Versprechen, das er dem Volk gegeben hatte. Dazu schuf er eigens eine Behörde, das National Accountability Bureau, mit Zweigstellen in jeder Provinz und – selbstverständlich - mit mehreren Generälen in den Führungspositionen. Die Einrichtung stand aber keineswegs im Dienste der Verfolgung von Korruption und Machtmissbrauch. Vielmehr wurde sie genutzt, um oppositionelle Politiker zu maßregeln beziehungsweise ihren Wechsel ins Präsidentenlager zu erpressen oder, wie im Fall Benazir Bhutto, Nawaz und Shahbaz Sharif, unter Androhung langer Haftstrafen aus dem politischen Leben Pakistans fernzuhalten.

So nimmt es nicht Wunder, dass 2007 ein Jahr wachsenden zivilen Widerstandes gegen die Bevormundung der Gesellschaft und des Staates durch das Militär wurde, wie manche vielleicht zu hoffnungsvoll meinen, der Anfang vom Ende der Dominanz des Militärs in Pakistan. Das „Nein“ des Obersten Richters im März 2007, mit dem er seine Unterschrift unter das vom Präsidenten vorbereitete Rücktrittsgesuch verweigerte, setzte den politischen Abstieg von General Pervez Musharraf in Gang, bis er schließlich am 29. November auf öffentlichen Druck das Amt als Armeechef aufgeben musste. Zwar ließ er sich noch von dem ihm hörigen ausgehenden Parlament auf weitere fünf Jahre zum Präsidenten wählen, doch das Vorhaben, seiner „Königspartei“ aus korrupten und opportunistischen Politikern einen Wahlsieg zu bescheren, war nicht mehr realisierbar. Die aus dem Exil zurückgekehrten ehemaligen Premierminister Benazir Bhutto und Nawaz Sharif wurden zwar massiv im Wahlkampf behindert, beziehungsweise von einer Kandidatur für das Parlament ausge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. KARL FISCHER

DR. HEIN KIESSLING

Juni 2008

www.kas.de/pakistan

www.kas.de

schlossen, vermochten aber die gegen Musharraf gerichtete Stimmung der Massen für ihre Parteien zu nutzen.

Die Verkündung der Notstandsverordnung am 3. November, die Protestbewegung der Anwälte gegen die Knebelung der Justiz und die Ermordung von Benazir Bhutto beschleunigten den Machtverfall des Präsidenten. Angeblich waren Manipulationen für die zunächst auf den 8. Januar angesetzten Parlamentswahlen so gut vorbereitet, dass die Pakistan Muslim League-Q und der Präsident fest an ihren Wahlsieg glaubten. Die erneute Verlegung auf den 18. Februar gab den späteren Wahlsiegern mehr Zeit für die Orchestrierung ihrer Wahlvorbereitung und vereitelte den Plan des Präsidenten, der mit der zeitlichen Verschiebung auf ein Abklingen des „Bhutto-Bonus“ gehofft hatte. Zudem bewirkten die Geschehnisse in Pakistan erhöhte internationale Aufmerksamkeit, der massive Wahlfälschungen nicht entgehen würden.

Die EU-Wahlbeobachter-Mission stellte in ihrem vorläufigen Bericht vom 20. Februar auch fest, dass die ehemaligen regierenden Parteien in der Wahlkampagne bevorteilt wurden. Auf der Grundlage der Notstandsverordnung waren mehrere Tausend Personen inhaftiert und Grundrechte außer Kraft gesetzt worden. Das Vertrauen in die Unabhängigkeit der Wahlkommission war gering und ihr wurde angelastet, dass mehrere Millionen Wähler in den Wählerlisten nicht erfasst waren. Viele Frauen und Angehörige der Dorfarmut durften nicht wählen, weil ihnen keine Identitätskarten ausgestellt worden waren. Vielfach beteiligte sich die Distrikt-Administration als auch die lokale Polizei unter Einsatz staatlicher Mittel zugunsten der ehemaligen Regierungspartei PML-Q am Wahlkampf.³

Die seit 2002 relativ freie Medienlandschaft Pakistans war im Vorfeld der Wahlen restriktiven staatlichen Eingriffen ausgesetzt, so dass sich eine Atmosphäre rechtlicher

Unsicherheit ausbreitete und ein hohes Maß der Selbstzensur der Medien bewirkte.

Im Regierungslager ging man davon aus, dass die bisherigen Regierungsparteien Pakistan Muslim League (PML-Q), Muttahida Qaumi Movement (MQM) und Muttahida Majlis-e-Amal (MMA) gemeinsam mit den Abgeordneten der Federally Administered Tribal Areas (FATA) den Wahlsieg erringen und Pervais Elahi (PML-Q), den bisherigen Chefminister der Provinz Punjab zum Premierminister wählen würden. Allerdings konnten Präsident und seine Männer die letzte Phase des Wahlkampfes nicht so gestalten wie ursprünglich vorgesehen. General Kiyani hatte den militärischen Geheimdienst (MI) aus dem Wahlgeschehen herausgezogen und den Offizieren der Streitkräfte den Kontakt zu Politikern bei Androhung von Disziplinar-Strafen untersagt. Des Weiteren sicherte er zu, die Armee werde keine Rolle in den Wahllokalen spielen, sondern sie nur von außen schützen.

Die Opposition, bestehend aus der Partei Benazir Bhuttos, der Pakistan People's Party (PPP), der vom ehemaligen Premierminister Nawaz Sharif geführten Pakistan Muslim League-Nawaz (PML-N) und der paschtunisch-nationalistischen Awami National Party (ANP) setzte auf Wahlabsprachen, wobei die PPP als stärkste Herausforderin der PML-Q galt. Die Wahlen wurden von der Jamiat-e-Islami (JI), zweitstärkste Partei im vormaligen MMA-Bündnis religiöser Parteien, nationalistischen Parteien in Baluchistan sowie verschiedenen anderen kleinen Parteien boykottiert.

2. Wahlablauf, Wahlergebnisse und Regierungsbildung

Am 18. Februar 2008 waren rund 81 Millionen Menschen zur Stimmabgabe aufgerufen. Angesichts einer Welle von Selbstmordattentaten und Bombenanschlägen in den Vormonaten wurde allgemein eine geringe Wahlbeteiligung erwartet. In der Tat gab es landesweit bei zum Teil bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Kontrahenten im Bereich der Wahllokale 25 Tote. Nach zurückhaltendem Zustrom in den Morgenstunden nahm die Wahlbeteiligung am

³ European Union Election Observation Mission Pakistan 2008, Preliminary Statement, Islamabad, 20 February 2008, S.1ff.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. KARL FISCHER

DR. HEIN KIESSLING

Juni 2008

www.kas.de/pakistan

www.kas.de

Nachmittag zu, als bekannt wurde, dass verbreitet ein geordneter Ablauf zu verzeichnen war. Die technischen Abläufe waren jedoch nur in den urbanen Wahlkreisen ohne wesentliche Beanstandungen. In ländlichen Wahlkreisen hingegen gab es Fälle von Wahlmanipulation und Frauen wurden an der Stimmabgabe gehindert. Auch waren etwa 10 Millionen Wähler nicht in den Wählerlisten aufgeführt oder in entlegenen Wahlkreisen erfasst, so dass sie ihre Stimmen nicht abgeben konnten.

Gemäß Artikel 51 (1) der Verfassung Pakistans hat das Unterhaus des Parlaments (National Assembly) 342 Sitze. 272 Abgeordnete werden direkt gewählt, 60 Sitze sind für Frauen reserviert und 10 für Angehörige religiöser Minderheiten. Zeitgleich mit den Wahlen zur Nationalversammlung wurden auch die 728 Abgeordneten der Provinzparlamente gewählt (Punjab 371, Sindh 159, Baluchistan 65, North West Frontier Province 117).

Angesichts der oben erläuterten politischen Negativ-Bilanz der Herrschaftsjahre von Präsident Musharraf und seiner so genannten Königspartei, der PML-Q, kam der Wahlsieg der Pakistan People's Party (PPP) der ermordeten ehemaligen Ministerpräsidenten Benazir Bhutto nicht überraschend. Sie erhielt mit 30,6% aller Stimmen 120 Sitze in der National Assembly. Ihr folgte bei einem Stimmenanteil von 19,6% die Pakistan Muslim League – Nawaz (PML-N) des Ex-Premiers Nawaz Sharif mit 90 gewonnenen Mandaten. Klarer Verlierer dieser Wahl war die bisherige Regierungspartei PML-Q mit

nur 51 Sitzen in der National Assembly, obwohl sie mit 23% der abgegebenen Stimmen mehr erhielt als die PML-N, deren Kandidaten jedoch mehr Wahlkreise gewonnen hatten. In den vier Provinzen errang die PML-Q gar nur 121 von insgesamt 704 Sitzen. Für die insgesamt 188 für Frauen reservierten Parlamentssitze wurden von der Wahlkommission 482 Kandidatinnen bestätigt, 150 für die National Assembly und 332 für die Provincial Assemblies. Etwa die Hälfte aller Bewerbungen waren abgelehnt worden. Obwohl alle Parteien die Rechtsprechung begrüßten, 33% Anteil von Frauen im Parlament zu gewährleisten, wurde an der Auswahl von Frauen als Abgeordnete deutlich, dass die Entscheidungsgremien der Parteien eine ausgesprochen männliche Angelegenheit sind und nur sehr wenige Frauen den Durchbruch zur Spitze schaffen. In der National Assembly wurden die für Frauen reservierten Sitze wie folgt den Parteien zugeschlagen: PPP 23, PML-N 17, PML-Q 10, MQM 5, ANP 3, JUI-F 1, PML-F 1. Bei den Minderheiten beträgt die Repräsentanz in gleicher Folge der ersten vier Parteien 4, 3, 2 und 1. Todesfälle, Rücktritte und andere Gründe erfordern Nachwahlen zu 8 Sitzen in der Nationalversammlung und 30 Sitzen in den Provinzparlamenten, die für den 26. Juni 2008 angesetzt sind. Hierbei setzen PPP und PML-N ihre Zusammenarbeit fort und unterstützen jeweils den Kandidaten beider Parteien mit den größten Siegchancen. Deshalb zog die PPP ihre Kandidaten aus den zwei Wahlkreisen in Lahore, einer Domäne der PML-N zurück, während sich letztere aus Larkana, einem angestammten Wahlkreis der Bhuttos zurückzog.

Sitzverteilung in den Parlamenten (Stand 29.05.2008)

National Assembly

ANP	BNP-A	Ind	MMA	MQM	NPP	PML	PML-F	PML-N	PPPP	PPP-S	Total
13	1	18	7	25	1	54	5	91	123	1	339

NWFP Assembly

ANP	Ind	MMA	PML	PML-N	PPPP	PPP-S	Total
46	9	14	6	9	30	7	121

Punjab Assembly

Ind	MMA	PML	PML-F	PML-N	PPPP	Total
2	2	86	4	164	106	364

Sindh Assembly

ANP	MQM	NPP	PML	PML-F	PPPP	Total
2	51	3	9	9	90	164

Balochistan Assembly

ANP	BNP-A	Ind	MMA	NP	PML	PPPP	Total
4	7	10	10	1	20	11	63

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. KARL FISCHER

DR. HEIN KIESSLING

Juni 2008

www.kas.de/pakistan

www.kas.de

Die politische Aufbruchstimmung nach den Wahlen wurde verstärkt durch die Meldung, dass die bisherigen Erz-Rivalen PPP und die PML-N eine Koalition bilden und damit dem Lande eine neue stabile Regierung geben wollten. Mehr als das Wahlergebnis selbst, war in der Tat diese Ankündigung eine Überraschung. In den demokratischen Perioden des Landes hatten sich beide Parteien zumeist feindselig gegenüber gestanden. Auch die Musharraf-Jahre hatten zwischen den Exilanten Benazir Bhutto und Nawaz Sharif keine echte politische Annäherung gebracht. Nun schienen PPP und PML-N willens, gemeinsam die Fundamente einer neuen demokratischen Kultur zu legen.

Die neuen starken Männer sind heute Benazir Bhuttos Witwer Asif Ali Zardari (PPP) und Nawaz Sharif (PML-N), denen aufgrund gegen sie bestehender formaler Vorbehalte die Teilnahme an den Wahlen verwehrt worden war. Diese beiden Parteiführer handelten nun die Bildung von National- und Provinzregierungen unter sich aus. Als stärkste Partei stellt die PPP mit Syed Yousuf Raza Gilani, einem ehemaligen Präsidenten (Speaker) der National Assembly, den neuen Regierungschef, die Mehrzahl der Ministerien ging an Abgeordnete der PPP und PML-N. Letztere hat inzwischen auf Grund von Meinungsverschiedenheiten zur Frage der Wiedereinsetzung der von Musharraf entlassenen Richter ihre Minister aus der Zentralregierung zurückgezogen. Die PPP-Minister verblieben jedoch in der Regierung der Provinz Punjab, so dass man nicht von einem völligen Bruch der Koalition sprechen kann. Zum Regierungslager gehören zusätzlich MQM, ANP und die JUI-F des Maulana Fazlur Rehman, eines Mannes for all seasons. Zur Parlamentspräsidentin (Speaker) wurde Dr. Fahmida Mirza (PPP), eine Verwandte von Asif Zardari, gewählt. Oppositionsführer ist Chaudhry Pervaiz Elahi, (PML-Q), der vor den Wahlen noch auf das Amt des Premierministers gehofft hatte.

In Sindh, der Heimatprovinz der Bhuttos, war die PPP der erwartete Wahlsieger. Sie stellt den Ministerpräsidenten (Chief Minister) und bildet zusammen mit der bisherigen Regierungspartei der Provinz, der MQM des im Londoner Exil residierenden Altaf

Hussain, eine Koalitionsregierung. Das Verdienst hierfür gebührt Asif Zardari, dem trotz gravierender Differenzen daran gelegen war, die MQM an Bord zu holen. Ob und wie lange diese schwierige politische Ehe halten wird, ist von grundlegender Bedeutung für den Frieden in der Wirtschaftsmetropole Karachi und der gesamten Provinz Sindh.⁴ Jede Voraussage über die Zukunft dieser Koalition ist mit vielen Fragezeichen zu versehen.

Im Punjab, der wichtigsten Provinz des Landes, errang die PML-N die Mehrheit und stellt in Koalition mit der PPP die Regierung. Regierungschef wurde hier Sardar Dost Muhammad Khan Khosa, nach allgemeiner Ansicht eine Übergangslösung, bis ihn Shahbaz Sharif auf dem Weg über Nachwahlen ablösen würde. Inzwischen ist dieser Akt vollzogen. Ohne Gegenkandidaten gewann Shahbaz Sharif vorzeitig die Wahl in das Provinzparlament und wurde dort von 265 der 371 Abgeordneten zum Chief Minister gewählt. Nach dem vorangegangenen Rücktritt von Khosa legte er am 8. Juni als 21. Chief Minister des Punjab den Amtseid ab.

Mit Erleichterung wurde im gesamten Lande das klägliche Abschneiden der in der MMA zusammengeschlossenen „Mullah-Parteien“ in der North West Frontier Province (NWFP) registriert. Das dort zuvor regierende Parteienbündnis aus sechs islamistischen Parteien sah sich - von 45 auf 5 Sitze reduziert - in der Opposition wieder. Gewinner wurde hier die säkulare ANP, die in einer Koalition mit der PPP nun die Regierungsverantwortung trägt und mit Amir Haider Khan Hoti den Chief Minister stellt. Die Tatsache, dass bei einem Anschlag am 25. April in Hotis Heimatstadt Mardan vier Menschen getötet und eine Polizeistation zum Einsturz gebracht wurde, lässt erahnen, dass NWFP weiterhin ein Unruheherd sein wird.

In Baluchistan, wo einige der regionalen, nationalistischen Parteien den Fehler begangen hatten, die Wahlen zu boykottieren,

⁴ Von den 38 Ministerien der Sindh-Regierung gingen 13 an die MQM; von den vier Beraterposten mit Kabinettsrang erhielt die MQM einen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. KARL FISCHER

DR. HEIN KIESSLING

Juni 2008

www.kas.de/pakistan

www.kas.de

wurde die PML-Q die stärkste Kraft - ein Scheinsieg, da die Regierungsbildung ihr verwehrt blieb. Dort gelang es der PPP, die unabhängigen Mandatsträger sowie einen sogenannten forward block von Abtrünnigen der PML-Q und die religiöse Partei JUI-F für sich zu gewinnen und auf dieser Basis eine PPP-geführte Provinzregierung zu installieren. Die strategisch wichtige Provinz wollte man offensichtlich nicht den Machthabern von gestern überlassen.

Über die Dauer und die Erfolgsaussichten des neuen Bündnisses von PPP und PML-N gehen die Meinungen fachkundiger Beobachter weit auseinander. Alle erkennen die wirtschaftlich schwierige Lage und den erheblichen Reformstau und sehen so einen Erfolgszwang, der das Bündnis sowohl zusammenhalten oder auch spalten kann. Verbreitet ist auch die Auffassung, dass die beiden Hauptgewinner der Wahl, die PPP als Mitte-links und die PML-N als konservative Partei, sich schon bald wieder als Rivalen gegenüber stehen werden. Folglich geben nur wenige dem Bündnis und der PPP-Regierung in der Zentrale, die auch weiterhin von der PML-N unterstützt wird, eine Überlebensdauer von mehr als zwei Jahren.

3. Politische Prioritäten der neuen Regierung

Vier Monate nach den Wahlen sind PPP-Führung und Regierung immer noch damit beschäftigt, die Kernforderung der „Murree Deklaration“⁵ vom 9. März umzusetzen. Darin hatten sich Nawaz Sharif und Asif Zardari kurz nach ihrem Wahlsieg geeinigt, die von Präsident Musharraf abgesetzten Richter innerhalb eines Monats – also bis Anfang April - wieder in ihre Ämter einzusetzen und das Schicksal ihrer zwischenzeitlichen Nachfolger zu bestimmen.

Nachdem vor allem auf Grund der wankelmütigen Haltung Zardaris weitere ultimative Daten verstrichen, ohne dass die Murree-Vereinbarungen umgesetzt wurden, traten

am 13. Mai alle PML-N Minister der Zentral-Regierung zurück. Offiziell wurde mitgeteilt, die PML-N werde nicht in die Opposition wechseln, sondern die Regierung weiter unterstützen. Nawaz Sharif aber appellierte bereits einen Tag später an seine Anhänger, über die Strasse Druck auf die Regierung auszuüben. Die Haltung Zardaris erklärt sich in hohem Maße aus seiner Befürchtung, ein wieder eingesetzter Oberster Richter Iftikhar Muhammad Chaudhry könnte die NRO aussetzen und ihn damit wieder vor Gericht bringen.

Um den Forderungsdruck zur Wiedereinsetzung der Richter zu erhöhen, unternahmen tausende Anwälte und Aktivisten der Zivilgesellschaft vom 10. bis zum 14. Juni von den Provinzhauptstädten aus einen „langen Marsch“ auf Islamabad. Nawaz Sharif kürzte einen Aufenthalt in London ab, um in Lahore und Islamabad Ansprachen an die Demonstranten zu halten und an der Endphase des Marsches teilzunehmen, dem sich auch die Vereinigung der ehemaligen Armeeinghörigen, unter ihnen viele Generäle, prominente Ex-Diplomaten und zivilgesellschaftliche Organisationen anschlossen.

Die Lösung der Richter-Frage wird insofern zu einem ersten Prüfstein für die neue Regierung, als nach mehreren Gesprächsrunden die PML-N-Unterhändler auf die Rückholung der abgesetzten Richter und die Entlassung ihrer von Musharraf eingesetzten Nachfolger bestehen, während die PPP-Führung eine grundlegende Reform der Justiz anstrebt. Im Rahmen dieses Plans sollen sowohl die alten als auch die neuen Richter amtieren.⁶ Als legislativer Lösungsweg wurde von der PPP-Führung ein „Constitutional Package“ erarbeitet und der PML-N zur Diskussion vorgelegt. Alle anderen Parteien konnten es bisher nur über die Presse zur Kenntnis nehmen. Es ist heftig umstritten, da 80 des aus 93 Artikeln bestehenden Package zurzeit keinen Konsens erhalten können. Daraus wird auch der Vorwurf an Asif Ali Zardari erklärbar, dass er zwar formell

⁵ Murree ist ein Gebirgs-Ressort, etwa eine Stunde von Islamabad entfernt, in dessen Abgeschiedenheit ein Teil der Koalitionsverhandlungen stattfand.

⁶ Zardari will so einer möglichen Entfernung Musharraf aus dem Präsidentenamt durch die von ihm abgesetzten Richter das Wasser abgraben.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. KARL FISCHER

DR. HEIN KIESSLING

Juni 2008

www.kas.de/pakistan

www.kas.de

die Rolle des Parlaments stärkt, de facto aber eine ausgedehnte parlamentarische Prozedur anstrebt, die alle Lösungen ansteher politischer und verfassungsrechtlicher Fragen auf unbestimmte Zeit verschiebt. Interessanterweise arbeitet auch ein Juristengremium der PML-Q an einem „Gegen-Paket“.

Inzwischen sucht die Regierung einen Ausweg über das Budget für das Finanzjahr 2007-2008, indem sie Gehälter für 29 Richter des Supreme Court eingeplant hat anstatt bisher für 16. Auch sollen die Gehälter rückwirkend ab 3. November 2007 gezahlt werden. Die am 14. Juni beginnende Parlamentsdebatte wird diesen Punkt gewiss aufgreifen, zumal die Teilnehmer des langen Marsches zu diesem Zeitpunkt bereits vor dem Parlament kampieren wollten.

Eng verbunden mit obiger Frage steht auch das Schicksal des Präsidenten zur Debatte. Während Nawaz Sharif dessen Entfernung aus dem Amt anstrebt, schien die PPP bereit, sich mit einem in seiner Macht beschnittenen Musharraf zu arrangieren. Anfang Juni sah sich die PPP-Führung jedoch ebenfalls gezwungen, auf eine stärkere anti-Musharraf-Position einzuschwenken. Zardari drohte an, wenn der Präsident nicht bis zum 10. Juni zurücktrete, im Parlament ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn einzuleiten. Dieser verbreitet als „taktisch“ bewerteter Schritt, kam jedoch zu spät, um die Anwälte zu beschwichtigen und von dem „langen Marsch“ abzubringen.⁷ Hier ist Zündstoff für weitere politische Kontroversen gegeben. Auf dem Wege von Lahore nach Islamabad skandierten die Teilnehmer des langen Marsches nicht nur Losungen gegen Präsident Musharraf sondern neuerdings auch gegen Asif Zardari.

⁷ Das Verfahren kann einige Zeit dauern und Zardari wird eine Verzögerungstaktik unterstellt. Er befürchtet unter anderem, dass die als Teil des mit Musharraf ausgehandelten „Versöhnungs-Pakets“ gegen ihn eingestellten Verfahren wegen Korruption, Geldwäsche und Steuerhinterziehung vom Parlament für verfassungswidrig erklärt und von den wieder eingesetzten Richtern erneut aufgerollt werden könnten.

Ein dritter Prüfstein für die Regierung wird eine neue Politik zur Terrorismus-Bekämpfung sein. In ihren Aussagen vor der Wahl setzen PPP wie PML-N auf Gespräche und Verhandlungen mit den Aufständischen in FATA (Föderal Verwaltete Stammesgebiete) und NWFP. Die Regierung Gilani erklärte denn auch nach ihrem Amtsantritt, die counter-terrorism-Politik des Landes überprüfen zu wollen. Als erstes Resultat dieser Überprüfung muss das Einverständnis Islamabad gesehen werden, ab Mitte Juni in der Malakand Division in NWFP der Wiedereinführung des islamischen Shari-Rechts in der Festlegung von 1999 zuzustimmen. Ein entsprechendes Übereinkommen wurde am 13. Mai zwischen der NWFP-Regierung und den pakistanischen Taliban des Swat-Tales ausgehandelt. Einen Tag später kam es dann in Waziristan zwischen der Armee und den Taliban zu einem Austausch von Gefangenen. Aus dem Gewahrsam der Armee wurden über 30 Taliban im Austausch gegen 5 Soldaten der Armee und 7 Angehörige des Frontier Corps freigelassen. Islamabad und das Armee-Hauptquartier (GHQ) in Rawalpindi signalisieren Bereitschaft, den Aufständischen in FATA und in der Swat-Region weitgehende Zugeständnisse zu machen. Als solches muss auch die bisherige Nichtannahme eines von Washington für die Terrorismusbekämpfung vorgeschlagenen Trainingsprogramms für Armee und Frontier Corps gesehen werden. Islamabad und Rawalpindi sind offensichtlich bemüht, kein weiteres Öl ins Feuer zu gießen und auf eine Beruhigung der aufständischen Regionen hinzuwirken. Inzwischen hat sich regierungsseitig auch die Erkenntnis durchgesetzt, dass direkte Verhandlungen mit den militanten Kräften wenig sinnvoll sind. Erfolg versprechen sie nur, wenn sie mit den Stammesführern geführt werden. Militärische Operationen der NATO auf pakistanischem Territorium, zuletzt am 10. Juni im Stammesgebiet der Mohmand, die zahlreiche Todesopfer hinterließen, machen es der Regierung schwer, als verlässlicher Verhandlungspartner angesehen zu werden. So gewinnt die Forderung an Boden, ein holistisches Herangehen an den Umgang mit den Stämmen zu entwickeln und die Präsenz amerikanischen Personals in Pakistan „auszudünnen“,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. KARL FISCHER

DR. HEIN KIESSLING

Juni 2008

www.kas.de/pakistan

www.kas.de

eine Distanz zu den Amerikanern zu schaffen, um durch eine „glaubhafte, nationale Anstrengung“ die Unterstützung der Stämme im Kampf gegen die Terroristen zu erlangen.⁸

Insgesamt aber stehen Zardari & Co. amerikanischen Vorstellungen und Forderungen in Sachen Terrorismusbekämpfung weit näher als Nawaz Sharif mit seinen Anhängern. Auch dies wird sich auf den Bestand der Regierung Gilani auswirken. So müssen sich Zardari und Gilani des Vorwurfs erwehren, in grundlegenden Fragen erneut dem Diktat der Amerikaner zu folgen. Während Musharraf für viele Millionen Dollar über 600 des Terrorismus verdächtiger Pakistaner an die USA „verkauft“ hatte, erhalte die PPP-Regierung für ihr Entgegenkommen hinsichtlich USA-Interessen eine „Spende“ von 750 Millionen US\$ für Entwicklungsprojekte in FATA, denen, nach Aussagen konservativer Politiker, traditionelle Werte und Traditionen zum Opfer fallen würden.

Obgleich Asif Zardari politisch viel geschickter agiert, als man es ihm zugetraut hätte, wird er nicht verhindern können, dass Nawaz Sharif mit dem Charisma des personifizierten Widerstands gegen Musharraf und dem Fehlen von Benazir Bhutto auf der politischen Bühne seine Chancen auf einen Erfolg ausbaut. Zwar ernannte Gilani mit Salman Taseer einen PPP-Granden mit dem Ziel zum neuen Gouverneur von Punjab, die Positionen der PPP auszubauen. Diesem steht nun aber mit Shahbaz Sharif ein äußerst starker Chief Minister gegenüber, der weiter an der Dominanz der PML-N in dieser Provinz arbeiten wird. Allerdings hat der neue Chefminister in seiner ersten programmatischen Rede deutlich gemacht, dass ihm sehr an der Erhaltung der Koalition gelegen sei. Schließlich zeige das Beispiel Indiens, wie Koalitionspartner auch bei grundlegenden Meinungsunterschieden zusammenhalten können. Er werde die Koalition stärken, mit der Zentralregierung eng zusammenarbeiten und nichts unternehmen, was sie destabilisieren könnte.

Die bisherige Geschichte Pakistans hat gezeigt: wer Punjab regiert, hat letztlich auch das Sagen in Islamabad. In dieser Frage ist damit mittelfristig durchaus ernster Konflikt angesagt. Über einen längeren Zeitraum ist es auch denkbar, dass die verschiedenen Fraktionen der PML erneut zusammengeführt werden und sie damit absolute Mehrheiten erreicht.

Demgegenüber sieht sich die PPP den Gefahren einer inneren Schwächung ausgesetzt. Es scheint fraglich, wie lange Zardari die Kontrolle über die Partei halten kann, ist er doch bei einem Grossteil der alten Parteiführer wenig beliebt und dies noch weniger im Herzland von Sindh. Auch das Übergehen des im Sindh über eine solide Hausmacht verfügenden Makhdoom Amir Fahim bei der Vergabe des Premierministerpostens hat Zardaris Stellung in dieser Provinz geschwächt. Noch halten die alten Kämpen der PPP die Partei zusammen. Viele Beobachter aber bezweifeln, dass dies auf mittlere Sicht so bleiben wird. Als gebürtiger Belutsche von niederem Rang wird Zardari hier nicht als Erbverwalter und sein Sohn Bilawal nicht als wahrer Erbe der Bhutto-Dynastie angesehen. Andererseits glauben auch nur wenig Vertraute daran, dass die Kinder von Benazir Bhuttos Bruder Murtaza Bhutto in Benazirs Fußtapfen treten können, obwohl dessen Tochter Fatima im Begriff ist, die politische Bühne zu betreten, und Anhänger dynastischer Traditionen daran glauben, dass auch für Benazirs jüngeren Neffen Zulfikar die Zeit kommen wird.

4. Wirtschaftliche Situation und Herausforderungen

Auf wirtschaftlichem Gebiet stellt sich die neue Regierung das Ziel, in einem „stabilen makroökonomischen Umfeld höheres Wirtschaftswachstum zu erreichen“. Dabei ist sie sich bewusst, wegen schwieriger innerer und äußerer Bedingungen in eine „beispiellos komplexe makroökonomische Situation gestellt zu sein“.⁹

⁸ Shireen M. Mazari, Time to take stock of US threat, The News, 05.03.2008, S.6, M.B. Naqvi, The inescapable dilemma, Ebenda.

⁹ Finanzminister Syed Naveed Qamar im Vorwort zum Pakistan Economic Survey 2007-2008, Islamabad, 10.06.08

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. KARL FISCHER

DR. HEIN KIESSLING

Juni 2008

www.kas.de/pakistan

www.kas.de

Zur Begründung dieser Lage wird der Versuch unternommen, die Schuld eher bei globalen Faktoren zu suchen als bei einer jahrelangen, sehr losen Finanz- und Geldmengenpolitik, die nach Auffassung von Fachleuten neben den konsumtionsgetriebenen Wachstumsraten die entscheidende innere Ursache für den Einbruch des Wirtschaftswachstums ist.¹⁰

Viele Ergebnisse des Finanzjahres 2007-2008 werden als „relativ gut“ gewertet, obwohl in den meisten Fällen die geplanten Ziele nicht erreicht wurden. Entsprechend erscheinen diese Zahlen auch auf der Negativseite der Wirtschaftsentwicklung. Nachfolgend aufgeführte Indikatoren sollen den genannten Trend verdeutlichen:¹¹

Zur schlechten Zahlungsbilanz trug die Handelsbilanz wesentlich bei, stiegen doch die Importe um 28,3% auf 32,1 Mrd. \$, während die Exporte bei einem Anstieg von 10,2% nur einen Erlös von 15,3 Mrd. \$ erbrachten. Dadurch stieg das Handelsbilanzdefizit von 11 Mrd. \$ im Vorjahr auf etwa 17 Mrd. \$ 2008. Im gleichen Zeitraum wuchs die äußere Verschuldung um 13,3% von 40,5 Mrd. \$ auf 45,9 Mrd. \$. Die Gesamtverschuldung des Staates ist damit etwa so hoch wie 55% des Brutto Inlandsproduktes. Die Tendenz der aufgeführten Indikatoren macht deutlich, welche Gefahren die Wirtschaftsstabilität Pakistans bedrohen. Und es besteht wenig Aussicht auf eine Trendwende, da wesentliche Faktoren wie hohe Öl- und Lebensmittelpreise sowie die

Indikator	Ergebnis 2006-07	Plan 2007-08	Ergebnis 2007-08
GDP (BIP)	7,0%	7,2%	5,8%
Landwirtschaft	3,7%	4,8%	1,5%
Industrieproduktion und Bergbau	8,6%	12,5%	4,8%
Dienstleistungen	7,6%		8,2%
Investitionen	22,9%	23,3%	21,6%
Devisenreserven	12,3 Mrd. Rs		15,6 Mrd. Rs.
Staatl. Anleihen neu			544 Mrd. Rs.
Insgesamt			946 Mrd. Rs.
% des GDP			9,0%
Finanzierungsdefizit In % des GDP	4,3%	4,0%	6,5%
Inflation gesamt		7,9%	10,3%
- Nahrungsmittel		10,2%	15,0%
- Weizenmehl			26,4%
- Speisefett			53,3%

¹⁰ Z.B. Meekal Aziz Ahmad, Thoughts on the budget, The News, 10.06.08, S.6

¹¹ Alle Zahlen sind dem Pakistan Economic Survey 2007-2008, Islamabad 10.06.2008 entnommen und beziehen sich ausschließlich auf die ersten 10 Monate des Finanzjahres.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. KARL FISCHER

DR. HEIN KIESSLING

Juni 2008

www.kas.de/pakistan

www.kas.de

genannten Defizite sich fortsetzen. Deshalb hat die Regierung folgende vier Herausforderungen an die Wirtschaft des Landes identifiziert, denen sie vorrangig ihre Aufmerksamkeit widmen will: Rückgang der Wachstumsraten, Anstieg der Inflation (insbesondere bei Nahrungsmittelpreisen), zunehmendes Haushaltsdefizit sowie anwachsende Defizite der Handels- und Leistungsbilanz.

Strukturelle Reformen in exportintensiven Bereichen der Industrieproduktion wurden in den vergangenen Jahren vernachlässigt, und der Ausbau der Energiebasis blieb weit hinter den Erfordernissen des industriellen und privaten Verbrauchs zurück, obwohl eine Projektion bis zum Jahre 2025 vorliegt und entsprechende Pläne ausgearbeitet worden sind. Die Folge waren im laufenden Jahr Stromabschaltungen von 6 bis zu 12 Stunden täglich, die nebst Ungelegenheiten für die Bevölkerung auch Einschränkungen des Geschäftslebens und eine rückläufige Industrieproduktion bewirkten.

Das am 12. Juni dem Parlament unterbreitete Budget für das Finanzjahr 2008-2009 lässt den regierenden Parteien auf dieser Grundlage wenig Raum für populäre Maßnahmen. Während Vertreter der Wirtschaft monieren, das Budget biete zu wenig Anreize für Investitionen, begrüßen andere Kommentatoren den verstärkten Focus auf die Landwirtschaft. Einige Kritiker bemängeln die fortgesetzte Vernachlässigung der ärmeren Schichten der Bevölkerung, während andere fehlende Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen kritisieren. Eine grundlegende Schwäche des Budgets scheint darin zu liegen, dass es keine mittelfristige wirtschaftliche Vision und Entwicklungsstrategie darlegt und auch nicht den mittelfristigen makroökonomischen Rahmen definiert. Insofern ist die optimistische Anlage des Haushalts wenig überzeugend, müssen doch etwa 50% der Steuereinnahmen für den Schuldendienst aufgewendet werden, und eine Steigerung der Steuereinnahmen um 25% innerhalb eines Jahres ist schlechthin unrealistisch. Zudem bleiben Bereiche wie der Börsenmarkt und Immobilien weiterhin zu gering besteuert.

Obwohl die Grundgehälter für Angestellte der Zentralregierung um 20% angehoben und weitere kleine Zugeständnisse gemacht werden, stehen ihnen Kürzungen bei Subventionen für Erdölprodukte, Düngemittel und Nahrungsmittel gegenüber. Ein weiterer Preisauftrieb ist also zu erwarten. Auch macht die Regierung im Budget nicht deutlich, wo das angekündigte Sparsamkeitsregime ansetzen soll, es ist aber absehbar, dass dies eher im Sozialbereich und nicht bei den Verteidigungsausgaben wirksam werden wird. Trotz der genannten Schwierigkeiten wird eine Steigerung des Brutto-Inlandsproduktes um 5,5% angestrebt, um wieder wirtschaftliche Stabilität zu erlangen.

Heute hat Pakistan ca. 160 Millionen Einwohner und pro Jahr nimmt diese Zahl um etwa 3,6 Millionen zu. Bei abnehmender Produktivität der Landwirtschaft und unzureichender Steigerung der Ausgaben für Bildung und Gesundheitswesen besteht wenig Aussicht, die millennium goals bis 2012 zu erreichen. Unter diesem Druck wächst die Einsicht, den Faktor regionale Wirtschaftskooperation auszubauen und als stabilisierendes Element für Wirtschaft und Politik nutzbar zu machen.¹²

5. Strategische Interessen

5.1. Afghanistan – Zentralasien – China

Für die Regierung in Islamabad wird eine Neuorientierung des Verhältnisses zu Afghanistan ein Problem sui generis sein. Es ist daher angebracht, die Gründe des pakistanischen Engagements in Afghanistan nach dem Abzug der sowjetischen Truppen Ende der 80er Jahre anzusprechen. Es waren dies vornehmlich wirtschaftsstrategische Überlegungen, die in Richtung Zentralasien und Westchina zielten. In Zentralasien gibt es

¹² Gute kritische Analysen finden sich bei Aftab Ahmad Khan, State of the economy: a realistic assessment, The News, 09.06.2008, S.15; Zafar-ul-Hassan Almas, Difficult macroeconomic environment for the budget, ebenda; Meekal Aziz Ahmed, Thoughts on the budget, The News, 10.06.08, S.6; Abid Hassan, The budget – the good, the bad and the ugly, The News, 15.06.08, S.6.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. KARL FISCHER

DR. HEIN KIESSLING

Juni 2008

www.kas.de/pakistan

www.kas.de

Öl, Gas, Erze und Baumwolle. Pakistan bietet seine Techniker und Kaufleute als Helfer und Partner an. Darüber hinaus sieht Islamabad die zentralasiatischen Staaten als Mittelachse und Herzstück einer neu erwachenden Seidenstrasse mit Nord-Süd und Ost-West Korridoren. Russland, China, Iran und Kasachstan sind hierbei die treibenden Kräfte und Pakistan will ein aktiver Mitspieler sein. Pakistans Kleriker sehen in Zentralasien zudem ein Tätigkeitsfeld für einen erwachenden Islam.

Zwischen China und Pakistan gibt es seit Jahrzehnten enge Beziehungen; Islamabad spricht von *time tested friendship*. Die Kooperation betraf in der Vergangenheit vornehmlich militärische Projekte. Hier wird man auch in Zukunft zusammenarbeiten. Ausgebaut wird zudem die Kooperation im Energiebereich. Beim Besuch Präsident Musharraf in China im April 2008 wurde ein Abkommen über den Bau von Atom- und Kohlekraftwerken geschlossen. China wird u. a. sechs 300 MW Atomkraftwerke liefern.¹³ Zudem gibt es in jüngerer Zeit zunehmend wirtschaftliche Investitionen chinesischer Firmen in Pakistan.

Im Zuge einer forcierten Entwicklung Westchinas sucht Peking nach neuen Transportwegen von und nach dorthin. Auch hier sieht Pakistan für sich Chancen. Das Großprojekt des neuen Tiefseehafens Gwadar in Baluchistan, von China und Pakistan gemeinsam gebaut, steht hierfür beispielhaft. Pakistan bietet für China wie für die zentralasiatischen Staaten die kürzeste Route zu den warmen Wassern der Arabischen See und des Indischen Ozeans. Das Problem hierbei ist, dass der Weg immer über Afghanistan führt. Eine nördliche Route würde von Peschawar über Kabul, den Hindukusch (Salang-Tunnel), Mazar-e-Sharif nach Termez und Taschkent in Usbekistan verlaufen.

Die südliche Route führt von Quetta über Chaman, Kandahar und Herat nach Ashkhabad in Turkmenistan. Die Instabilität Afghanistans und die politischen Animositäten zwischen beiden Ländern habe diese Routen bisher nicht aufleben lassen. Konkrete Pläne über die Wiederbelebung oder den Ausbau noch aus Kolonialzeiten stammender Eisenbahnstrecken, den Bau neuer Strassen, der Einrichtung spezieller Wirtschaftszonen und der Aufnahme neuer Flugverbindungen aber existieren und sind teilweise bereits in Angriff genommen.

Zudem gibt es mit dem von China und Pakistan von 1966 bis 1986 gemeinsam gebauten Karakorum Highway auch eine direkte Verbindung zwischen beiden Ländern, die aber nicht ausreichen wird. Diese 1300 km lange, über den 4877 Meter hohen Kunjerab Pass führende Hochgebirgsstrasse ist in ihrer Durchlassfähigkeit begrenzt und im Konfliktfall leicht zu blockieren; daher das bisherige Interesse Pakistans und Chinas an den über Afghanistan führenden Routen.

Jedoch in der Erkenntnis, dass sich der Westen und die USA noch über Jahre in Afghanistan festsetzen werden, prüfen China und Pakistan derzeit ernsthaft die Machbarkeit eines Ausbaus der Karakorum-Verbindung. Gemeinsame Erklärungen am Ende des China-Besuchs von Präsident Musharraf sprachen von *feasibility studies* für eine Eisenbahnlinie wie für eine Öl- und eine Gaspipeline entlang des Highways und des Indus-Flusses. China und Pakistan beginnen offensichtlich, sich von der Afghanistan-Option zu lösen. Es sollte aufmerksam verfolgt werden, ob solche Pläne den Afghanen zu Denken geben und zu einer Entspannung des Verhältnisses zwischen Kabul und Islamabad führen können.

Ein zweiter Grund für Pakistans Engagement im Nachbarland war sein Wunschdenken nach strategischer Tiefe. Als im Jahre 1991 der damalige Armeechef Mirza Aslam Beg vor dem National Defence College, der Militäruniversität Pakistans, sein Projekt *strategic depth* vorstellte, erhielt er von den anwesenden Offizieren brausenden Beifall. Pakistan fürchtet in einem Krieg mit Indien nicht genügend strategische Tiefe zu haben

¹³ Die *Pakistan Atomic Energy Commission* (PAEC) plant zudem den Bau eines 1,2 Mrd. US\$ teuren *Pakistan Nuclear Power Fuel Complex, a chemical processing plant, a fuel fabrication plant, a nuclear fuel testing project* und *a Seamless Tube plant* umfassen soll. Es wird angestrebt, ohne auswärtige Hilfen *pressurised water reactors and nuclear power plants* bauen zu können.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. KARL FISCHER

DR. HEIN KIESSLING

Juni 2008

www.kas.de/pakistan

www.kas.de

und sucht diese in einer Allianz mit Afghanistan. Hier wird deutlich, warum man in Pakistan seit dem Abzug der sowjetischen Armee Ende der 80er Jahre darauf drängt, in Kabul eine von Paschtunen dominierte Regierung zu haben. Man traut vornehmlich einer solchen zu, das Land befrieden und zusammenhalten zu können. Zudem glaubt man, mit ihr die eigenen Pläne leichter verwirklichen zu können.

General Begs Vorstellungen von strategischer Tiefe schlossen auch den Iran mit ein, um dessen Kooperation er sich bemühte. Beg war Armeechef (COAS) von 1988 bis 1991, aus dieser Zeit stammen auch die heute gegen ihn erhobenen Vorwürfe, er habe der Weitergabe von Nukleartechnik an den Iran den Weg geebnet. Auch wenn Pakistan als Atommacht heute möglichen kriegerischen Auseinandersetzungen mit Indien gelassener entgegen sieht, der Wunsch nach strategic depth ist weiter existent und damit auch der nach einem kooperativen Verhältnis mit Kabul.

Im Übrigen steht Pakistan mit seinen strategischen Interessen beim Nachbarn nicht allein, Hamid Karzai übergeht das Tun anderer Mitspieler, wenn er sich über die Einmischung Islamabad in die inneren Angelegenheiten seines Landes beklagt. Die Absichten der USA sind deutlich: Washington will von Afghanistan aus den Iran isolieren, Pakistan an seiner Westgrenze beobachten, über Afghanistan selbst Zugang nach Zentralasien haben und Russland und China einen solchen Zugang erschweren. Dies ist ein Hauptgrund, warum Washington heute die Operation Enduring Freedom weiter betreibt.

Der Iran will seine Isolierung aufbrechen und strebt den Abzug aller amerikanischen Truppen aus Afghanistan, dem Irak und dem gesamten Mittleren Osten an. Alle Möglichkeiten, die Pläne der USA zu torpedieren, werden in Verfolgung dieser Ziele von Teheran genutzt. Daher mischt es verdeckt weiterhin in Afghanistan mit. In Abkehr von seiner Politik der 90er Jahre, als der Iran Ahmed Shah Masood gegen die Taliban unterstützte, liefert Tehran heute Waffen an die neuen Taliban, erlaubt Al-Qaida

Kämpfern die Durchreise von und nach Irak und gewährt ihnen auch Unterschlupf und Ruheräume. Der Iran bietet sich zudem mit seinen bereits existierenden Strassen- und Eisenbahnverbindungen, seinen Pipelines und Tiefwasser-Häfen als wirtschaftliches Transitland an und steht damit in direkter Konkurrenz zu Pakistan. Zudem ist der Iran bestrebt, über eine alle ethnischen Gruppen umfassende Regierung in Kabul den eigenen kulturellen und wirtschaftlichen Einfluss beim Nachbarn zu erhalten und möglichst ausbauen.

Russland ist derzeit erfolgreich bemüht, in Zentralasien verlorenen Boden zurück zu gewinnen und die Amerikaner von dort wieder hinaus zu drängen. Diese Pläne schließen den amerikanischen Abzug aus Afghanistan ein. Moskau spielt so offen wie verdeckt in Afghanistan weiter mit. Russische Schmuggler waren wahrscheinlich die ersten, die ab 2002 neue Waffen an militante Gruppen in Afghanistan lieferten und im Gegenzug über Zentralasien Rauschgift auf den Weg nach Europa brachten.

China sucht, wie angesprochen, neue Wege für seine Importe und Exporte. In Kooperation mit Burma soll eine östliche und in Absprache mit Pakistan eine westliche Route geschaffen werden. Letztere aber führte in der Planung bisher über Afghanistan. China strebt zudem die Absicherung seiner wirtschaftlichen und strategischen Investitionen in Baluchistan an und ist bemüht, Afghanistan und FATA als Rückzugsgebiet für uigurische Rebellen auszuschließen.

Indien bemüht sich zum Ärger Pakistans erfolgreich um gute Beziehungen und Kooperation mit Afghanistan. Es leistet die effektivste Wirtschaftshilfe und kanalisiert sie im Gegensatz zu anderen Geberländern ausschließlich über die afghanische Regierung. Dabei kann es an historische Verbindungen und ein traditionell gutes Verhältnis anknüpfen. Präsident Karzai studierte in Indien und führende Persönlichkeiten der früheren Nordallianz belassen heute noch ihre Familien in Indien in Sicherheit. Im Gegenzug zu Pakistans Engagement in Kaschmir hält sich Indien somit sicherheitspolitische Optionen an Pakistans Westgrenze offen. Insofern

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. KARL FISCHER

DR. HEIN KIESSLING

Juni 2008

www.kas.de/pakistan

www.kas.de

sind Islamabad's Klagen, von den indischen Generalkonsulaten in Afghanistan würden Pakistans Probleme in Baluchistan gesteuert, aus der Sicht der psychologischen Kriegsführung verständlich, obwohl dafür handfeste Beweise fehlen. Wie sehr Islamabad darauf hin arbeitet, Neu-Delhi in Afghanistan zu blockieren, zeigt seine Weigerung, Indien eine Transitroute nach Afghanistan über pakistanisches Territorium einzuräumen.

Schließlich gehört auch Saudi-Arabien weiterhin zu den Spielern im Great Game in Afghanistan. Riad hatte zusammen mit Washington in den 80er Jahren den Kampf der Mujahideen finanziert und in den 90er Jahren das Taliban-Regime unterstützt und diplomatisch anerkannt. Seine Interessen zielen heute darauf ab, den Deobandi-Islam im Nachbarland wie in Pakistan zu unterstützen und den iranischen Einfluss in Afghanistan einzudämmen. Ein Teil der ab 2003 angelaufenen personellen Auffrischung für Taliban und Al-Qaida ist den Weg über Saudi-Arabien gegangen.

5.2. Kaschmir und Indien

Das Herunterfahren von Pakistans Engagement in Kaschmir war 2003 die Voraussetzung für die Aufnahme des composite dialogue mit Indien. Nach Meinung von Analysten in beiden Ländern war Musharraf zu der Überzeugung gelangt, dass Indien seinen Teil Kaschmirs nicht aufgeben werde und das Problem mit militärischen Mitteln nicht mehr zu lösen sei. Daher sein Bemühen, mit neuen Vorschlägen auf dem Verhandlungswege eine Lösung zu erreichen, bei der er sowohl sein Gesicht wahrt, als auch dazu beiträgt, den radikalen Elementen in Kaschmir wie in Pakistan den Boden zu entziehen. Da man sich in Islamabad zudem vom wirtschaftlichen Aufschwung Indiens beeindruckt zeigte, sollte der wirtschaftlichen Kooperation Priorität eingeräumt werden, wobei die Betonung auf eine verstärkte Zusammenarbeit aller SAARC-Staaten gelegt wurde.

Noch im Exil, hatte auch Benazir Bhutto diese Auffassung vertreten. Aufgrund starken Widerstandes im pakistanischen Außenmi-

nisterium und im Geheimdienst ISI gegen die Trennung der Kaschmirfrage von einer wirtschaftlichen Kooperation mit Indien musste sie hier einen Rückzieher machen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass der Kurs einer verstärkten wirtschaftlichen Kooperation in Südasien auch von der neuen Regierung aufgenommen wird. Die von Asif Zardari nur Tage nach den Wahlen gemachte Äußerung, die Lösung der Kaschmirfrage späteren Generationen zu überlassen und sich vornehmlich auf die Förderung des Handels mit Indien und anderen SAARC-Staaten zu konzentrieren, lässt dies erkennen. Er wurde hierfür von nationalistischen Kreisen des Punjab und von extremistischen Gruppen in Kaschmir heftig kritisiert. Sie verwiesen u. a. darauf, dass Pakistans Wasser aus Kaschmir komme und schon Mohammed Ali Jinnah Kaschmir die Halschlagader (jungular vein) Pakistans genannt hatte. Und Majid Nizami, Herausgeber der etablierten Tageszeitung The Nation, wollte in einem Interview im März 2008 einen möglichen Einsatz von Nuklearwaffen zur Befreiung Kaschmirs nicht ausschließen. Indische Sicherheitskreise lancieren denn auch derzeit verstärkt Artikel in die Zeitungen des Landes, in denen vor einer naiven Politik gegenüber Pakistan gewarnt wird. Und M. K. Narayanan, nationaler Sicherheitsberater in Neu-Delhi, stellte Ende März 2008 fest, dass Indien in der Haltung des ISI zur Förderung von Terror-Gruppen wie Lashkar-e-Toiba and Jaish-e-Mohammed keine Veränderungen sehe. Man gehe davon aus, dass Angriffe gegen Indien vom Territorium Pakistans aus wahrscheinlich fortgesetzt werden.

Obgleich aus Kreisen der Armeeführung und der Regierung Pakistans nichts auf eine veränderte strategische Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik des Landes hindeutet, dürfte es für die neue Regierung keine Alternativen zu der von Musharraf betriebenen Kaschmir-Politik geben. In ihren Wahlaussagen zur pakistanischen Außenpolitik haben fast alle Parteien einem friedlichen und fairen Verhältnis zu Indien Priorität eingeräumt und dies als Voraussetzung für ein wirtschaftliches Wachstum der Region genannt. Allerdings betonte die PML-N, dass eine Verbesserung des Verhältnisses

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. KARL FISCHER

DR. HEIN KIESSLING

Juni 2008

www.kas.de/pakistan

www.kas.de

zu Indien einhergehen müsse mit einer weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit mit time tested friend China to make it truly strategic.

5.3. Pakistan und USA

Musharrafs Beitritt zur Koalition gegen den internationalen Terror und die damit einhergehende Bindung an die USA war ein Hauptgrund für den Verlust seines Rückhalts und Ansehens im Volk. In Pakistan herrschen zutiefst anti-USA Gefühle vor. Die seit 2002 ins Land geflossenen US-Hilfen von über 10 Mrd. US\$ werden übersehen oder als ungenügend betrachtet. Versäumnisse der letzten Jahre in der Bildungspolitik, im Gesundheitswesen und in der Bevölkerungspolitik werden mit fehlenden Hilfen von außen entschuldigt.

In der PPP hält man US-Finanzhilfen für ein wirtschaftliches Wachstum des Landes für absolut notwendig und setzt auf eine weitere pro-USA Politik. Dies war einer der Gründe, warum sich Zardari im Gegensatz zu Nawaz Sharif nach der Wahl mit Äußerungen zur politischen Zukunft Musharrafs zurückhielt. Er weiß um die Dringlichkeit finanzieller Hilfen aus den USA, wo Musharraf immer noch als unverzichtbarer Verbündeter der Anti-Terror-Allianz gesehen wird. Pakistan steht heute an dritter Stelle von US-Aid weltweit. Für die nächsten Jahre sind weitere Hilfen in Milliardenhöhe in Aussicht gestellt. In der PML des Nawaz Sharif glaubt man dagegen an die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Überlebens Pakistans auch ohne amerikanische Hilfen und übt daher bei Angriffen gegen Musharraf wenig Zurückhaltung.

Die PPP stellte in ihren Wahlaussagen den Kampf gegen den internationalen Terrorismus als Kampf im ureigensten Interesse Pakistans dar. Die terroristische Bedrohung im Lande selbst wurde als Ergebnis einer diktatorischen Politik Musharrafs gewertet, der den Kampf gegen den Terror manipuliert und den Menschen ihre demokratische Rechte verweigert habe. Die PML-N hingegen wird ein Überdenken der anti-Terrorpolitik des Landes fordern. Künftige US-Hilfen dürfen nach Meinung von PML-N,

ANP, MQM und anderen Parteien nicht mehr mit der Teilnahme an der Terrorbekämpfung verbunden sein.

5.4. Nukleare Gegebenheiten

Die Frage des künftigen Umgangs mit dem seit 2004 unter Hausarrest gestellten Dr. Abdul Qadeer Khan, dem immer noch als „Vater der Pakistanischen Atombombe“ gepriesenen Nuklearwissenschaftler, spielte im Wahlkampf eine nicht unwesentliche Rolle. Benazir Bhutto hatte mit ihrer noch im Exil geäußerten Ankündigung, im Falle der Regierungsübernahme den USA wie der in Wien ansässigen IAEA die Möglichkeit der Befragung von Khan einräumen zu wollen, in ein Wespennest gestoßen. Es gibt in Pakistan Meinungen, dass sie hiermit ihr Schicksal besiegelt hatte. Im Wahlkampf ruderte sie zurück und schwächte ihre Aussagen ab.

Die USA und die IAEA wollen A. Q. Khan heute im Detail über seine Atom-Geschäfte mit Iran und Nordkorea befragen. Er soll ihnen sagen, ob und, wenn ja, wohin pakistanisches Nuklearwissen fließt. Washington weiß, dass Pakistan noch im Herbst 2002 Raketenteile aus Nordkorea erhalten hat und fragt sich, welche Gegenleistung Islamabad hierfür erbracht haben mag.

In westlichen Sicherheitskreisen ist zudem bekannt, dass es seit 1988 in Saudi-Arabien Raketensilos gibt, die zuerst mit chinesischen Mittelstreckenraketen (CSS-2) bestückt waren. Heute sind in den 100 km nördlich (Al Sulaiyil) und 500 km südlich (Al Joffer) von Riad gelegenen unterirdischen Anlagen Dutzende moderner pakistanischer Langstreckenraketen (Ghauri-II) gebunkert. Eine Bestückung solcher Raketen mit konventionellen Sprengköpfen ist abwegig. Saudis sind auch seit Mitte der 90er Jahre in pakistanischen Atomforschungsstätten ausgebildet worden. Im Jahre 1999 besuchte der saudische Verteidigungsminister Prinz Sultan die in der Nähe von Islamabad gelegenen Kahuta Research Laboratories. Im November des gleichen Jahres reiste Khan nach Saudi-Arabien. Während der Haj-Saison 2003, 2004 und 2005 flogen als Pilger getarnte pakistanische Naturwissen-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. KARL FISCHER

DR. HEIN KIESSLING

Juni 2008

www.kas.de/pakistan

www.kas.de

schaftler in saudischen Hercules-C130 nach Riad. Es wurde festgestellt, dass sie für bis zu 3 Wochen aus ihren Hotels mit unbekanntem Ziel verschwanden. Saudische C-130 Maschinen sind zudem bei zahlreichen verdeckten Materialflügen in Pakistan beobachtet worden. Hierüber würden Washington und Wien von Dr. A. Q. Khan u. a. gerne genaueres erfahren, und es ist verständlich, dass die Generäle in Rawalpindi das verhindern wollen.

Unmittelbar nach den Wahlen am 18. Februar 2008 mehrten sich in Pakistan die Stimmen, die eine bedingungslose Freilassung A. Q. Khans forderten, nachdem sich PPP, PML-N und ANP im Wahlkampf ebenfalls dafür ausgesprochen hatten. Nawaz Sharif warf sogar den Vorschlag in die Debatte, Khan zum nächsten Präsidenten des Landes zu wählen. Publikumswirksam berichteten die Zeitungen des Landes über das Auf und Ab im Gesundheitszustand Khans. Vor wenigen Tagen hat der Wissenschaftler gegenüber Medien sein Geständnis, ein Netzwerk des Nuklearhandels betrieben zu haben, mit der Begründung widerrufen, es im nationalen Interesse abgelegt zu haben.

Er sei weder Millionär noch besitze er 42 Grundstücke, wie es in manchen Medien hieß. In Sachen Sicherheit der pakistani-schen Nuklearwaffen zeigte sich die PML-N bisher mit dem gegenwärtigen, dem Präsidenten unterstellten Command and Control System zufrieden. Für diese Haltung dürfte die Nähe der Sharif Brüder zu einigen punjabischen Generälen sowie ihr Vorhaben, Musharraf baldestmöglich durch einen eigenen Kandidaten zu ersetzen, ursächlich sein. Anders die Haltung der PPP hinsichtlich des National Defence Council (NDC). Sie fordert dessen Ersetzung durch ein vom Regierungschef geleitetes Defence Committee des Kabinetts. Ob und wie viele Militärs einem solchen Komitee angehören sollen, wurde noch offen gelassen. Lokale Fachleute fordern ein mehrheitlich aus Politikern bestehendes NDC und zudem eine grundsätzliche Neuordnung des Verhältnisses zwischen Politik und Militär. Ihnen schwebt eine Lösung nach amerikanischem Vorbild vor. Sie schlagen die Aufwertung des bisher bedeutungslosen Chairman Joint Chief of Staff

Committee's (CJCS) vor. Der ihm vorsitzende Viersterne-General, dem u. a. der Geheimdienst ISI direkt unterstellt wird, soll das einzige militärische Verbindungsglied zur Politik sein. Auch den Chefs von Armee, Luftwaffe und Marine solle so der direkte Kontakt zur Politik genommen werden.

Eine Neuregelung der Angelegenheit A. Q. Khan wie der des NDC wird die Regierung schwerlich ohne Rücksprache mit dem Präsidenten und der Armeeführung treffen können. Musharraf ist entschlossen, solange wie möglich im Amt zu bleiben. Die Möglichkeit seines Sturzes auf dem Wege eines Amtsenthebungsverfahrens wird jedoch immer wahrscheinlicher.

Das von vielen in- wie ausländischen Beobachtern vorausgesagte Auseinanderdriften von Musharraf und Armeeführer Kiyani ist darauf zurückzuführen, dass der Chief of Army Staff in erster Linie die Streitkräfte und die militärische Führung vor Beschädigungen durch das kaum noch berechenbare politische Wirken des angeschlagenen Präsidenten bewahren muss. Angesichts der parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Wiederbelebung des Landes vermeidet Kiyani jede Konfrontation mit den zivilen Institutionen des Staates und bezieht die Regierung wie auch führende Politiker in militärische Konsultationsmechanismen ein. Das Entfernen von etwa 300 hohen Offizieren aus der Bürokratie, aus Staatsunternehmen und dem Bildungssektor ist eine gern gesehene Geste, die jedoch nicht darüber hinweg täuscht, dass weiterhin mehr als 500 Militärs Schlüsselpositionen im Staat einnehmen und sich die Streitkräfte im Laufe von Jahrzehnten ihr eigenes Wirtschaftsimperium geschaffen haben.

Auch die Neubesetzung militärischer Schlüsselpositionen, wie die des Chefs von Military Intelligence (MI), ist weitgehend ein normaler Vorgang. Weitere Neubesetzungen werden folgen. Kiyani handelt hier wie jeder Chief of Army Staff (COAS) vor ihm. Auch die inzwischen erfolgten Informationsbesuche Kiyanis beim neuen Regierungschef Gilani in Islamabad sollten nicht überbewertet

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PAKISTAN

DR. KARL FISCHER

DR. HEIN KIESSLING

Juni 2008

www.kas.de/pakistan

www.kas.de

werden.¹⁴ Kiyani ist um das Ansehen der Armee und die Stimmung in der Truppe besorgt. Er unternimmt alles, um eine Spaltung in der Armee zu vermeiden, in deren Folge das Autoritäts- und Kommando-System empfindlichen Schaden nehmen könnte.

Noch berichtet der Armeechef auch dem Präsidenten als oberstem Befehlshaber der Streitkräfte. Ob hier eine wesentliche Änderung eintritt, bleibt abzuwarten. Welche Änderungen letztendlich tatsächlich vollzogen werden - die Militärs werden noch lange ein entscheidendes Wort in der pakistanischen Politik mitreden.

Dr. Karl Fischer

Geboren 1939 in Indien; Schulbildung in der DDR mit anschließendem Studium der Indologie an der Humboldt Universität Berlin; 1969 Promotion zum Dr. phil.; 1970 bis 1990 diplomatische Tätigkeit in Indien; Nepal und Pakistan; 1993 bis 2000 Tätigkeit als Berater für deutsche Energiekonzerne und politische Stiftungen; 2001 stellvertretender Leiter von UNSMA; 2002 bis 2004 Stabschef und zuständiger für Informationsmanagement von UNAMA.

Während der Parlamentswahlen 2008 war Dr. Fischer als Kurzzeitexperte für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Islamabad als Referent, Trainer und Analyst tätig.

Dr. Hein Kiessling

Geboren 1937 in Marl, Westfalen; Schulbildung in der Bundesrepublik; 1961 bis 1964 Bundeswehr, Hauptmann d.R.; 1967 bis 1972 Studium der politischen Wissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität in München; mehrjährige Tätigkeit im Privatsektor; 1983 Promotion zum Dr. phil.; Projektleiter einer deutschen politischen Stiftung von 1986 bis 2002 in Fidschi und Pakistan; 2002 Verleihung des Bundesverdienstkreuzes für die Arbeit in Pakistan.

Während der Parlamentswahlen 2008 war Dr. Kiessling als Kurzzeitexperte für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Islamabad als Referent, Trainer und Analyst tätig.

¹⁴ Bei einem zweiten Treffen mit PM Gilani am 09. Mai 2008 war Kiyani von DG ISI Lt. Gen. Nadeem Taj und dem Director Operations Maj. Gen Ahmad Shuje Pasha begleitet worden.